

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Mark im Monat, bei Zustellung durch die Posten Mark, bei Postbestellung 16 Mark. Einzelnummern 16 Pf. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 51 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Freitag 29. Februar 1924

Garantien gegen — Deutschland.

Wäre es nicht für uns so unendlich traurig, so schmachvoll und erniedrigend, so müßte man eigentlich darüber lachen. England hat für die Flugzeugabwehr eine neue Kanone erfunden, die über 10.000 Meter hoch schießt und recht gut treffen soll. Es schleudert ein fünf Zentner schweres Hochbrisanzgeschos und vernichtet — garantiert — jedes Flugzeug in 500 Metern Umkreis. Eine gleich schöne Erfindung hat man auch in Frankreich gemacht. Ganz zweifellos, um sich gegen „deutsche“ Fliegerüberfälle zu schützen. Schickt doch das „Echo de Paris“ seine hervorragendsten Mitarbeiter und Redakteure in die Hauptstädte des europäischen Kontinents, um dort Vorträge über die deutsche Luftfahrt zu halten. Abgesehen davon England zur Linderung der englischen Arbeitslosigkeit fünf Kreuzer, eine Masse von U- und Torpedobooten. Damit aber die Welt von dem Friedenswillen dieser Staaten überzeugt wird — die Seeabrüstungskonferenz in Rom ist ebenso erfolglos auseinandergegangen wie einst die in Washington — will man die Militärkontrolle in Deutschland bereinigen. Das verstoßt ja ein bißchen gegen den Friedensvertrag, aber das stört die Entente weiter nicht. Macdonald hat sich ja früher, als er noch nicht englischer Premierminister war — immer gegen diesen Vertrag, gegen die Militärkontrolle erklärt. Macdonald will dem Völkerverbund diese Militärkontrolle übertragen. Das ist was für den völkerverbund-begeisterten englischen Ministerpräsidenten. Das laut Vertrag von Versailles das unmöglich, die Zeit für die Militärkontrolle verträglich längst abgelaufen ist, — macht nichts. Völkerverbund — das ist mein Gedanke bei Tag und bei Nacht.“ Am Mittwoch ist die Vorkonferenz in Paris zusammengetreten, um die ganze Sache zu beraten. Charakteristisch ist, daß die Anwesenheit von Frankreich-Belgien ansäng und Macdonald einverstanden war, um „einen neuen Beweis für seinen Wunsch des Zusammenarbeitens mit Frankreich zu erbringen“.

Wieselt macht sich einmal ein wichtiger Kopf daran, die Reden und Taten Macdonalds vor und während seiner Ministerpräsidentenschaft zusammen- und gegenüberzustellen. Als Überschrift könnte man empfehlen: Theorie und Wirklichkeit. Unsere Marine und unsere Luftschiffahrt kontrolliert man ruhig weiter, da muß man es mit unserer Militärmacht auch tun. Man muß „Garantien“ haben. Natürlich im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens. Dinge um uns herum kann man sich dann beruhigt dem allgemeinen Wetterhusten hingeben.

Die englische Note über die Militärkontrolle in Deutschland ist der Vorkonferenz in Paris überreicht worden und wird auch dem Interalliierten Militärkomitee zur Kenntnisnahme zugestellt werden. Aber den Inhalt glaubt man zu wissen, daß Macdonald die Überzeugung sämtlicher Kontrollkommissionen aus Deutschland vorklärt und als Erfolg die Einsetzung eines Interalliierten Garantiekomitees in Vorschlag bringt. Diese Kommission würde mit einer „Anderungsaufnahme“ der Militärbestände Deutschlands an Waffenmaterial und Mannschaften beauftragt werden.

Reichstags-Stimmungsbild.

Am Reichstage wurde am Mittwoch die politische Aussprache zum Notetat und zu dem Antrage auf Aufhebung der Notverordnungen der Regierung fortgesetzt. An erster Stelle sprach der Zentrumsgewählte Doos, der dem linken Flügel der Zentrumspartei angehört. Er erkannte den Standpunkt des Reichstags in der Verordnungsfrage als berechtigt an, warnte sich aber auch das Recht der Kritik. Er warnt aber vor einem zu weit gehenden Abbau der Sozialversicherung und vor einschneidenden Eingriffen im Arbeitsrechtsgesetz. Nach ihm kam der Justizminister Emmerich zu Worte. Er gab einen Überblick über die Verordnungen auf dem Gebiete der Justiz, deren Notwendigkeit er rechtfertigte. Es handele sich um schwerwiegende Maßnahmen, zu denen man durch die Not gezwungen sei. Nebenbei teilte er mit, daß im Jahre 1923 die Zahl der Landesverurteilungen 1950 betrug, darunter 12 Pressesachen. Volksgesundheit und Volkserziehung sind ebenso wichtig wie Strafrecht. Auch sie hätten sich Eingriffe gefallen lassen müssen. Der Minister behandelte dann die Aufwertungsfrage. Über die Meinungen auseinander gegangen seien. Diese müßte den Regierungen gefunden werden. Der Minister warnte vor einer Ablehnung der dritten Steuererhöhung, die eine neue Inflation zur Folge haben würde. Ideal sei die Lösung nicht, aber die Erhaltung der Wirtschaft verlange einen raschen Entschluß. Der Volksparteiler Dr. Scholz warnte eindringlich vor einer langen Aussprache. Die Debatte im Reichstage dürfe nicht den Eindruck machen, als ob eine Henne wochenlang ein Ei begädere, das sie nicht selbst gelegt habe. Der Redner ein Ei begädere, das sie nicht selbst gelegt habe. In der Schuldenfrage müsse die Regierung propagandistisch vorgehen. Die Frage müsse endlich einleuchten, daß ein wirtschaftlich vernichtetes Deutschland die ganze Welt schädige. Deshalb stünde in vorderster Linie die Befreiung von Rhein und Ruhr. Der Redner verlangte Bekämpfung der Kreditnot und forderte steuerliche Er-

Abrücken Belgiens von Frankreich.

Das Kabinett Theunis zurückgetreten.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Brüssel, 28. Febr. Die Kammer lehnte mit 95 gegen 79 Stimmen den Entwurf eines Wirtschaftsvertrages zwischen Frankreich und Belgien ab. Nach der Abstimmung erklärte Theunis, daß die Regierung, da sie anlässlich dieser Abstimmung die Vertrauensfrage gestellt hätte, dem König ihre Demission einreichen werde.

Frankreich zum Sturze des belgischen Kabinetts.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 28. Febr. Pariser Blätter besprechen den Sturz des belgischen Kabinetts in erregten Artikeln. Neben der Erregung über das Gelingen des Projektes des franko-belgischen Wirtschaftsvertrages wird dem Bedauern über den Rücktritt des Ministerpräsidenten Theunis Ausdruck gegeben. Die Niederlage der Brüsseler Regierung wird von den meisten Blättern auf Umtriebe der Sozialisten zurückgeführt; denen es hauptsächlich darauf ankäme, einen entscheidenden Schlag gegen Poincaré zu führen. Dem „Echo de Paris“ zufolge treffe die Schuld an der Niederlage die Regierung selbst.

Die Freude der Blamen. — Theunis lehnte die Neubildung des Kabinetts ab.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Brüssel, 28. Febr. Die Blamen haben ihrer Freude über den Sturz des Kabinetts Theunis unverhüllt Ausdruck gegeben. Sie erklärten beim Ausgang der Kammer Sitzung, heute Abend werde man in Berlin Freudenfeuer anzünden. Der König soll Theunis gebeten haben, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Er habe sich jedoch geweigert, auf den Vorschlag des Königs einzugehen.

Hergt bleibt Vorsitzender der deutsch-nationalen Volkspartei.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 28. Febr. Blättermeldungen, wonach Dr. Hergt sein Amt als Vorsitzender der Deutschnationalen Volks-

leichterungen für den Mittelstand. Der Räte der Landwirtschaft widmete er eindringliche Worte. Wenn man den Beamten jezt mehr Arbeit zumute, müsse man sie auch besser bezahlen. Gegen eine völlige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes bestünden ernste Bedenken. Im übrigen sei jezt keine Zeit zu unruhigen Streitereien. Das Vaterland stehe über der Partei. In temperamentvoller Weise ging der Führer der Deutschnationalen, Hergt, den Regierungsverordnungen zu Leibe, deren Aufhebung er forderte. Er verspottete die Sozialisten wegen ihrer vielen Anträge, deren Erledigung jahrelang dauern würde und verlangte Neuwahlen zum 6. April, gleichzeitig damit die Neuwahl des Reichspräsidenten. Das Volk sei gegen die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes. Notwendig sei ein Abbau der vorantastlichen Republikverfassung, denen es ein halbes Duzend Minister verbanke, daß sie nicht gefaßt werden können. Der Redner fordert die Aufhebung der dritten Steuererhöhung. Darauf wurde die Verhandlung unterbrochen, nachdem in einer persönlichen Bemerkung des Abg. Adolf Hoffmann (Soz.) noch ein Vorstoß gegen den deutschnationalen Führer Hergt wegen seiner Haltung im November 1918 versucht hatte. Hergt erwiderte, daß er bereits im November seinen Abschied eingereicht habe, weil ihm mitgeteilt worden sei, daß die Sozialisten die Regierung übernehmen hätten, und daß er diese Schweinewirtschaft nicht mitmachen könnte. Am Donnerstag wird die Aussprache fortgesetzt.

Politische Rundschau

Aus dem Landtage.

Dresden, 27. Februar. Der Rechtsausschuß des Landtages behandelte in seiner heutigen Sitzung den volksparteilichen Antrag auf Veränderung des Gesetzes über die Zusammenlegung von Grundstücken. Die Regierung sagte zu, einen entsprechenden Gesetzentwurf demnächst vorzulegen. Ein Antrag des Berichterstatters Dr. Hübschmann, der für den Gesetzentwurf mehrere Richtlinien enthält, wurde der Regierung als Material überwiesen. Der deutschnationalen Antrag auf Aufhebung einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Zahlung der Beiträge zur Dedung des Aufwandes für die Entschädigung bei nichtgewerblichen Schlächungen und bei Viehverlusten durch Seuchen in wertbeständigem Gelde wurde abgelehnt, während sich der Antrag betreffs Aufhebung der bei Schlachtvieh festgesetzten Spanne zwischen Stall- und Marktpreis durch Rück-

partei niedergelegt haben soll, werden von unterrichteter Stelle als in allen Teilen unwahr bezeichnet.

Umwandlung eines Todesurteils in Zuchthausstrafe.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 28. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist das am 8. Dezember 1923 von einem französischen Kriegsgericht gefällte Todesurteil gegen Richard Raabe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden.

Auch Thüringen für die Fortdauer des Ausnahmezustandes.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Weimar, 28. Febr. Das thüringische Staatsministerium hat beschlossen, seinen Vorsitzenden nach Berlin zu senden, um bei der Reichsregierung die Fortdauer des Ausnahmezustandes in Thüringen zu beantragen oder wenigstens die Beibehaltung von Truppen als Stütze der Regierungsgewalt angesichts der immer noch drohenden Gefahr kommunistischer Unruhen zu fordern.

Vorschlag des Sachverständigen-Ausschusses zur Lösung der Reparationsfrage.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Rom, 28. Febr. Der Pariser Vertreter des Giornale d'Italia will erfahren haben, daß der Sachverständigenausschuß folgende Lösung des Reparationsproblems vorschlägt:

Jede Nation, die Anspruch auf Kriegsschuldung habe, würde eine Inlandsanleihe in der Höhe ihrer Reparationsquote ausgeben. Die Anleihe würde solidarisch von allen Nationen, mit inbegriffen die Vereinigten Staaten, garantiert werden.

Deutschland, dem man ein dreijähriges Moratorium gewähren würde, müsse selbstverständlich die Zinsen zahlen und die Schulden mit den Einkünften der Eisenbahnen, die unter internationale Kontrolle kämen, zu amortisieren.

Dieser Entwurf soll von den interessierten Staaten, nicht zuletzt auch von Frankreich, sehr günstig aufgenommen werden. Frankreich würde unter diesen Bedingungen seine Zustimmung zur Räumung des Ruhrgebietes geben.

nahme erlebte. Ueber den Antrag auf Herabsetzung der Jahressteuer für die landwirtschaftlichen Zugtiere wurde lange debattiert, die Entschließung aber ausgesetzt, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß sie voraussichtlich in nächster Zeit ein Abänderungsgesetz vorlegen werde. Ueber den Antrag auf Aufhebung der Landespreisprüfungsstellen fand gleichfalls eine längere Aussprache statt, schließlich wurde ein Antrag gestellt angenommen, den Antrag abzulehnen, aber die Regierung zu ersuchen, eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Reorganisation des Preisprüfungswesens und eine Vereinfachung des Verwaltungswesens herbeizuführen.

Im Prüfungsausschuß wurden die Eingaben der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugendbünde Sachsens betreffs Änderung bzw. Ergänzung der Ausführungsbestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes und des Landesverbandes der Christlichen Elternvereine Sachsens betreffs Feststellung des Bedarfs an Lehrern für christliche und weltliche Schulen der Regierung als Material überwiesen.

Landtagswahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen.

Dresden, 27. Februar. Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erfahren, werden die Deutschösterreichischen in den nächsten Tagen einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens für Landtagsauflösung an der zuständigen Stelle einreichen. Die erforderliche Zahl von Unterschriften ist bereits beisammen und unterliegt gegenwärtig der behördlichen Beglaubigung. Auch der linke Flügel der Sozialdemokratie ist eifrig an der Arbeit, um mit dem dritten Versuch die Bestimmungen des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid zu erfüllen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diesmal das Volksbegehren zustande kommt. Ebenso erscheint es schon heute als sicher, daß die Mehrzahl der Parteien sich mit dem Volksbegehren einverstanden erklären, so daß mit einer Auflösung des Landtages und wahrscheinlich mit Landtagsneuwahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen zu rechnen ist.

Disziplinarverfahren gegen Arzt.

Leipzig, 27. Februar. Wie die „Leipziger Volksztg.“ mitteilt, wird das Disziplinarverfahren gegen den Abgeordneten Arzt auch wegen Beleidigung des Gesamtkabinetts geführt, da Arzt diesem in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden des sozialdemokratischen Landesarbeitsausschusses in der Angelegenheit des Volksbegehrens vorgeworfen hatte, „es deuge willkürlich das Recht und besitze nicht die notwendige Objektivität“.

Die Lage in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 27. Februar. Dem Deutschen Handelsdienst wird berichtet: Die Entwicklung der Angelegenheit der tarifbrüchigen Prüfer hat dazu geführt, daß heute auch im Siemens-Konzern eine Anzahl der Arbeiter ausgesperrt werden mußten.

Gegen die Militärkontrolle Frankreichs

Paris, 27. Februar. Petit Parisien veröffentlicht aus englischer Quelle eine ziemlich genaue Inhaltsangabe der Note Macdonalds. Der englische Premierminister stände auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Kontrollkommission ein viel zu komplizierter Organismus sei. Andererseits halte er es für verfehlt, den Völkerbund mit der Kontrolle zu beauftragen. Aus diesem Grunde habe sich Macdonald zur Ernennung eines Garantiefomitees entschlossen. Die Aufgabe dieses Komitees würde darin bestehen, die deutschen Rüstungen, so weit sie sich auf schwere Artillerie, Panzerwerke, Flugzeuge, giftige Gase usw. beziehen, zu überwachen. Von den Rüstungen zweiter Ordnung würde man absehen. An die Umwandlung der gegenwärtigen Kontrollkommission in ein mit beschränkter Machtbefugnisse ausgestattetes Garantiefomitee knüpfte die englische Regierung jedoch eine Reihe von Bedingungen, die Deutschland zu unterzeichnen habe. Außerdem hat die deutsche Regierung durch Beschluß auf die Militärdienstpflicht zu verzichten. Schließlich würde man der Reichsregierung das Versprechen abnehmen, die Tätigkeit des internationalen Komitees in weitgehendem Maße zu erleichtern.

Der Inhalt der Macdonald-Note

Paris, 27. Februar. Die neue englische Note zu der deutschen Abrüstungsfrage bildet das Pariser Tagesgespräch. Das Schriftstück befindet sich zur Zeit in den Händen des Marschall Koch. Ob Frankreich auch den Vorschlag Macdonalds, die Kommission Rollet abzugeben und dafür ein internationalisiertes Garantiefomitee einzusetzen, annehmen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Die Entschlüsse der französischen Regierung hängen in erster Linie von dem Gutachten ab, das Marschall Koch voraussichtlich erst in einigen Tagen formulieren wird. Am Quai d'Orsay äußert man sich nach wie vor sehr zurückhaltend. Man bestätigt jedoch, daß der englische Standpunkt in der Abrüstungsfrage Deutschlands sich der französischen Auffassung bereits sehr stark nähert habe. Ein grundsätzliches Einverständnis über die Wiederaufnahme der Militärkontrollen sei zwischen den beiden Regierungen bereits hergestellt. Es komme nun darauf an, sich über die Modalitäten der Kontrolle zu einigen. Auf jeden Fall ist ersichtlich, daß man in Paris den zweiten Teil der englischen Note, in dem auf die Notwendigkeit einer umfassenden Inventuraufnahme der Militärbestände Deutschlands hingewiesen wird, viel freundlicher zustimmt, als der Frankreich nahegelegten Abberufung des General Rollets.

Geteilte Meinung der englischen Presse über das deutsch-englische Abkommen.

London, 28. Febr. (Telunion). In der englischen Presse herrschen verschiedenartige Meinungen über das zwischen der englischen und der deutschen Regierung getroffene Abkommen über die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe, 20 Prozentigen, auf 5 Prozent. Die konservativen Blätter üben an dieser Maßnahme der Regierung scharfe Kritik, da der Vertrag die deutschen Exporteure wieder in die Lage versetze, die britischen Industriellen zu unterbieten. Die Liberale- und Arbeiterpartei drückt dagegen den Schritt der Regierung als eine notwendige Maßnahme zur Unterstützung der englischen Importeure, die bisher 25 Prozentige Abgabe aus eigener Tasche hätten bezahlen müssen.

Abstimmung in der griechischen Nationalversammlung.

Athen, 27. Februar 1924 (Telunion). Nach zweiwöchentlicher Verhandlung hat heute nachmittags die Abstimmung in der Nationalversammlung stattgefunden. Die Regierung

Kasandaris erhielt 233 Stimmen gegen 107 der Opposition. Venizelos hatte noch einmal seine Freunde aufgefordert, für die Regierung zu stimmen, damit ist die Frage der Plebiszit entschieden. Die Regierung wird das Plebiszit durchführen und verspricht freie Teilnahme aller Parteien. Es werden drei Fragen gestellt werden: 1. Beibehaltung der Dynastie, 2. Wahl einer neuen Dynastie, 3. Ausrufung der Republik. Die Regierung wird für die Ausrufung der Republik eintreten. Das Plebiszit soll erst im Mai stattfinden.

Kurze politische Mitteilungen

Der Termin für die Reichstagswahl.
Berlin, 27. Februar. Wie mitgeteilt wird, bedeutet die Annahme des 6. April im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen nicht, daß die Wahlen an diesem Tage stattfinden werden. Das genannte Datum sei nur der frühestmögliche Termin, an dem bei Verhättnisänderung der Zeit, die für die Ausarbeitung und Auslegung der Listen sowie für die Einspruchsfrist nötig ist, die Wahlen stattfinden könnten.

Festnahme von Abgeordneten.
Berlin, 27. Februar. Der Minister des Innern weist in einer Verfügung darauf hin, daß bei Abgeordneten mit Rücksicht auf Artikel 37 der Reichsverfassung eine polizeiliche Festnahme, auch wenn sie „bei Ausübung der Tat“ oder „spätestens im Laufe des folgenden Tages“ erfolgt, nur dann zulässig ist, wenn die Täterschaft des Abgeordneten völlig außer Zweifel steht. Das Vorliegen dringenden Verdachts genügt nicht.

Salz- und Rheinsperrtag am 2. März.
Berlin, 27. Februar. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände teilt mit: Am 2. März findet in den Städten und Gemeinden, in denen am 17. Februar eine Salz- und Rheinsperrung nicht durchgeführt werden konnte ein Salz- und Rheinsperrtag statt. Gleichzeitig haben die Behörden die Erlaubnis gegeben, daß an alten Orten auch am 2. März Sammlungen für Salz und Rhein stattfinden.

Der sadistische Mörder.
Berlin, 27. Februar. Der Mörder der beiden Frauen Trautmann und Hoffmann, der Polizeiwachtmeister Gerth, hat in einem späteren Geständnis seine ersten Angaben widerrufen und erklärt, daß er den Mord an der Hofmann bei einem Anfall seiner sadistischen Neigungen begangen habe. Die Ältere Trautmann tödete er dann, um eine Zeugin der Tat zu beseitigen. Gerth ist anormal veranlagt.

Die Verordnung über Kraftfahrzeuglinien.
Berlin, 27. Februar. Der Verkehrsminister des Reichs hat heute nach längerer Erörterung die Vorlage des Reichsrats zur Änderung der Kraftfahrzeuglinienverordnung einstimmig abgelehnt.

Erhöhte Biersteueranteile.
Berlin, 27. Februar. Der Steuerausschuß des Reichstages stimmt heute der Regierungsvorlage über die Erhöhung der Anteile der Länder Württemberg, Bayern und Baden an der Biersteuerumlage zu.

Beratungen über die Militärkontrolle.
Paris, 27. Februar. Amtlich wird folgendes Kommuniqué veröffentlicht: Die Vorkonferenz hat in ihrer heutigen Sitzung das englische Memorandum über die internationalisierte Militärkontrolle in Deutschland zur Kenntnis genommen und es dem internationalisierten Garantiefomitee in Versailles, das unter dem Vorsitz von Marschall Koch steht, zur Prüfung überwiesen. Die Konferenz ist in Beratungen über eine Deutschland in der Militärkontrollfrage zu erkläre Antwort eingetreten.

Petroleumquellen in Holland entdeckt.
Amsterdam, 27. Februar. In der Nähe von Winterdyk (Ostholand) ist eine reiche Petroleumquelle entdeckt worden.

Das kriegsflüchtige Frankreich.
London, 27. Februar. Im englischen Oberhaus wurde über militärische Rüstungen debattiert. Dabei sagte Lord Birkenhead, man habe jetzt mit einem einzigen Lande in Europa zu rechnen, und das sei Frankreich. Alle Engländer hätten den aufrichtigen Wunsch, freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich aufrechtzuerhalten, aber habe man in Frankreich ein Bestreben gesehen, Abrüstungen durchzuführen, habe Frankreich sein Heer demobilisiert, stimme es auch nur den Grundätzen der Washingtoner Konferenz zu?

Zwei größere Arten, die nicht imstande sind, sich Wintervorräte zu schaffen, verfallen zum Winter in einen Schlaf, der einem Erstarrungszustand gleich, wobei die Körperwärme und Atmung auf ein Minimum herabsinkt, und der Körper von den in ihm aufgespeicherten Fettvorräten ernährt wird. Das Wunderbarste dabei ist, daß Vögel wie wir während dieser Zeit ihre Jungen zur Welt bringen und nähren. Der Winter bedeutet also keineswegs den Tod des Lebens, da auch bei allen anderen Säugetieren in unseren Breiten die kommende Generation bereits im Schoße der Eltern ruht, um im Frühjahr bei der Geburt die zu ihrem jungen Dasein notwendigen Lebensbedingungen, Nahrung und Wärme, vorzufinden.

Aus demselben Grunde fällt das Liebesleben der kleineren, bei uns heimischen Raubtiere in die kälteste Winterzeit. Im Januar, wenn das Eis auf den Seen nachts fracht und donnerl, wenn der Frost den Bäumen bis ins Mark dringt, vernimmt man das heisere Beilen des Fuchses. Das sind nicht etwa Klageklänge, sondern Laute der Sehnsucht. Noch schauriger hört sich das Heulen der Wölfe an. Aber es führt zum Zweck, denn es bringt die beiden Geschlechter zusammen. Auch die kleinen Marderarten tanzen im Winter, aber meines Wissens ohne ihren Gefühlen durch irgendwelche Laute Ausdruck zu geben.

Auch im eiskalten Wasser ertrinkt das Leben nicht, denn gerade unsere ebselben Fische, Lachs, Forelle und Maräne laichen im Winter. Bekannt sind ja die weiteren Wanderungen der Lachs, die in den Flüssen bis dahin hinauffahren, wo das Wasser am kältesten und reinsten ist. Dort wählen sie flache Gruben in das Flußbett, legen Milch und Kernen ab und überlassen die befruchteten Eier ihrem Schicksal. In gleicher Weise steigen die Forellen bis zu den Quellen der Bäche hinauf, während die Maränen als Bewohner der tiefen Seen flache Uferstellen mit liegendem Untergrund aufsuchen. Nach dem Laichen beginnt in den befruchteten Eiern sofort die Entwicklung. Der Begriff der Wärme, den wir mit der Vorstellung des „Erbrütens“ verbinden, ist also sehr bedauerlich, denn dem Fische genügt eine Wassermenge von zwei Grad, um es zum Leben zu erwecken. Allerdings dauert der Vorgang mehrere Monate bis zum Frühjahr, wo der junge Fisch die Schülle sprengt.

Natürlich ist das Ei während der langen Zeit vielen Gefahren ausgesetzt. Räuber aus der Tierwelt stellen ihm nach. Schmelzwasser hilft es in Schlamm und löst es. Ein Schimmelpehl befallt ganze Laichstellen und erzwängt das Leben der Eier. Die große Wertschätzung, der sich die schwachen Eblische seit jeher erfreuten, ließ den Wunsch entstehen, ihre Fortpflanzung besser zu sichern, als es die Natur tut, die bei den Fischen die Erhaltung der Art nur durch die große Zahl der Eier zu

Der Separatist als Einbrecher. In Wien wurde nach aufregender Jagd durch mehrere Straßen ein 20jähriger Burische namens Maurer verhaftet, der sich als ein aus dem Rheinland gestrichelter Separatist entpuppte. Er war vor kurzem nach Wien gekommen und hatte von Einbrüchen und Diebstählen gelebt. Vor seiner Festnahme feuerte er achtmal auf die ihn verfolgende Polizei, ohne jedoch jemand zu treffen. Man fand bei ihm eine Pistole, scharfe Patronen und ein Dolchmesser.

Deutscher Reichstag.

(402. Sitzung.) OB. Berlin, 27. Februar.
Der Reichstag setzte am Mittwoch die Weiterberatung der großen politischen Resolution fort. Der erste Redner war der Zentrumsvizepräsident Noth, der sich mit der Politik der Regierung während der Dauer des Ermächtigungsgesetzes im allgemeinen einverstanden erklärte. Er meinte, Ermächtigungsgesetze und Ausnahmezustand seien notwendig gewesen, um den Verfall des Reiches zu verhindern. Die Regierung muß aber zugeben, daß die Volkswirtschaft nur sehr schwer die Burden der Kriegslast überleben konnte, die von der Regierung gewünscht wird. Auch außenpolitisch könne man von einer gewissen Entspannung sprechen, trotzdem man hier keinen zu großen Optimismus zur Schau zu tragen brauche. Auf alle Fälle erhoffte die Bevölkerung des besetzten Gebietes von der Regierungspolitik die Wiedererlangung ihrer politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Der Redner sprach dann große Bedenken aus, wie der Bauernabbau durchgeführt wird und hoffte, daß bringend notwendige Änderungen an der letzten Steuerreform vorzunehmen dem Wege der interfraktionellen Besprechung vorgezogen werden.

Reichsjustizminister Emminger
verteidigte darauf die Justizverordnungen der Regierung, die auf seine Initiative zurückzuführen seien. Wenn man ihn vorwirft, daß es nicht notwendig gewesen sei, hier den Weg der ordentlichen Gesetzgebung zu verlassen und den der Verordnungen zu wählen, so habe er zu bedenken, daß die zwar immer schon bestehende Justiznot sich im vergangenen Jahre infolge des rapiden Währungsverfalls ganz besonders sichtbar gemacht und schmerzhaft abfühlen erfordert habe.

Minister Emminger ging dann auf die Einzelheiten der Verordnung ein und beschäftigte sich besonders mit der Frage der Abschaffung der Schwurgerichte. Er erinnerte daran, daß die Sozialdemokratie früher selbst das Schwurgericht als kein Heiligtum, sondern als eine juristisch-technische Frage bezeichnete. Die Rechtseinheit bei Landesverratsprozessen sei dadurch gewahrt, daß zunächst alles in den Händen des Oberrichteramts liege. Im Jahre 1923 hätte die Zahl der Landesverratsverfahren 1361 betragen, darunter wären nur 32 Verhandlungen der Presse und von diesen wieder befristet gewesen. Die Verordnungen über die Verordnungen der Landesverratsverfahren seien durch die Verordnungen der Landesverratsverfahren und die schärfsten wirtschaftlichen und politischen Folgen haben.

Hg. Dr. Schulz (D. Volksp.) hob hervor, daß für die Parteien, die feinerzeit das Ermächtigungsgesetz getragen hätten, Beschränkung in Änderungen- und Aufhebungsanträgen geradezu eine politische Pflicht sei. Aber auch die Oppositionsparteien wollten diese Pflicht anerkennen. Seine Freunde seien der Regierung dankbar dafür, daß sie in der Außenpolitik mit einem Erfolg verfahren habe, die Deutschen aus der Spähe der Machtpolitik in das Gebiet der wirtschaftlichen Erziehung zu bringen. Seine Partei würde aber, das mit größerem Nachdruck der Lüge von der deutschen Abhängigkeit am Kriege entgegenzutreten werde, und das erst die Voraussetzung für eine Revision des Versailler Vertrages geschaffen werde. Der Redner bezeichnete es dann als Hauptaufgabe der Innenpolitik, die Währung stabil zu erhalten und den Etat zu balancieren. Er äußerte dann starke Bedenken gegen eine völlige Aufhebung des Belagerungszustandes.

Hg. Bergt (Deutsch.) kam zuerst auf die Anregung Lenobens zu sprechen, den Versailler Vertrag abzuändern, und stellte demgegenüber eine Änderung des Reichsalltags, worin dieser eine gerechte Behandlung Deutschlands auf Grund dieses Vertrages verlangte. Man würde es dann halb erleben, was eine andere Regierung könne. Dieser Reichstag habe nur den einen Zweck, in Schönheit zu sterben.

erreichen vermag. Der erste Schritt auf diesem Weg war getan, als um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts ein Landwirt entdeckte, daß Roggen und Milch von laichreifen Fischen sich abstreifen und vermischen läßt, wobei eine zehnmal größere Befruchtung als in der freien Natur erreicht wird.

Es dauerte jedoch noch lange Zeit, bis der Mensch diese Entdeckung auszunutzen lernte. Jetzt werden jährlich Millionen junger Eblische durch künstliche Befruchtung gewonnen und in Bassins erbrütet, in denen sie vor jedem Schaden und Schädling geschützt sind. Das Wasser, das ihnen zugeführt wird, muß durch Filter gereinigt und gekühlt sein. So hat der Fische die Hand, die Entwicklung der Eier so lange hinauszuschieben, bis der Jungfisch seine natürliche Nahrung in der freien Natur findet. Das ist ein der wenigen Beispiele, wo der Mensch mit Erfolg der Tierwelt Hilfe angedeihen läßt und zu seinem Vorteil von ihr Schädigungen abwehrt, die mit der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens untrennbar verbunden sind.

Noch ein Beispiel für das Liebesleben im Winter: ein Vogelneest mit nackten Jungen, von beiden Eltern sorgsam betreut und ernährt. Dies Wunder vollbring der Fichtenkreuzschnabel, ein Bewohner des Nordens, der sich hauptsächlich von den Samen der Nadelbäume nährt. Dazu ist er mit seinem Schnabel, dessen Kleinen sich kreuzen, aufs beste ausgerüstet. Er wurde früher in Gebirgsgebieten viel im Käfig gehalten, nicht nur seines angenehmen Gesanges wegen, sondern weil man ihm geheimnisvolle Kräfte gegen gewisse Krankheiten, namentlich Gift, zuschrieb. Bei einem guten Samenjahr erscheint er in unseren Mittelgebirgen, baut trotz Schnee und Frost sein Nest und brütet im Dezember oder Januar. Ohne Zweifel hängt die Brutzeit mit der Zeit seiner Ernte zusammen, die ihm und seinen Jungen reichliche Nahrung bietet.

Wir müssen es uns demnach abgewöhnen, den Winter als erdarmungslosen Feind alles Lebens anzusehen. Wohl erschwert er der Tierwelt die Ernährung. Aber die Natur hat im allgemeinen ihre Geschöpfe so gut ausgerüstet, daß sie die schwere Zeit ohne große Unbill überleben. Da die Tierarten, die sich der Wirtschaftskultur der Menschen angepaßt haben, finden an der Winterzeit von Roggen und Weizen reichliche Nahrung. Nur eine von Taumetter und darauf folgenden Frost geschaffenen harte Kruste auf tiefem Schnee wird ihnen gefährlich. Dann greift der Landwirt und Waldmann, der nicht nur Jäger sondern auch Heger und Pfleger seines Wildes zu sein hat, mit seiner Hilfe ein und schützt die notleidende Kreatur vor Hunger. Er ehrt im Geflügel, dessen Dasein ihm Freude und Vorteil bringt, den Schöpfer, der ihn mit Mühseligkeiten gesegnet hat!

Wissenschaft. Kunst. Literatur

Liebesleben im Winter.

Von Fritz Slowronnet.

Die bei Dichtern so beliebte Bezeichnung der froststarrenden Schneedecke als eines Leidensendes beruht auf einer grundfalschen Anschauung. Denn die Natur stirbt nicht im Winter, sondern sie ruht sich aus und sammelt neue Kräfte. Deshalb ist auch der Schnee kein Leidenschu, sondern eine warme Decke, unter der zahllose Lebenskeime der Auferstehung entgegen schlummern. Wir haben es mit einer veralteten Anschauung zu tun, die noch aus einer Zeit stammt, da die Gebildeten sich zum Winter in ihre vier Wände verschloßen und in dem Ofen ihren besten Freund sahen. Das waren die „Weichling-Bewohner“, die schon von Klopstock verspottet wurden. Jetzt ist der Winter mit Schnee und Eis unserer sportfreudigen Jugend ein lieber Freund geworden, der ihr Lebenskraft und Freudigkeit gibt. Denn „Winterluft reizt die Begierde zum Wohl, Flügel am Fuß reizt sie noch mehr“.

Vom Winterschlaf der Natur kann man auch nur bei den Pflanzen und der niederen Tierwelt sprechen. Der Baum, der Strauch, der gebüht und Frucht getragen hat, bedarf einer Zeit der Ruhe, die naturgemäß in den Winter fällt. Und die niedere Tierwelt, die während weniger Sommermonate den Kreislauf ihres Daseins vollendet, hinterläßt nur Keime des neuen Geschlechts, die gerüstet sind, auch strenge Kälte in einem Versteck zu überdauern.

In der höheren Tierwelt kann man deutlich zwei Gruppen unterscheiden. Die eine ist imstande, auch während des Winters ihren Unterhalt zu erlangen und wird von der Natur zum Ertragen der Kälte mit dichtem Pelz oder Gefieder ausgestattet. Die andere, wozu vor allem die Zugvögel gehören, mühen im Winter vorzubereiten und sind deshalb genötigt, zum Winter wärmere Erdteile aufzusuchen, wo sie Nahrung finden. Unter den Säugetieren gibt es einige wenige Arten, die der Winter durch Nahrungsmittel mit Vernichtung bedroht. Ohne Hilfe ist die Natur auf andere Weise zum Überleben der schlimmern Zeit. Einige, wie der neureichs sprichwörtlich gewordene Hamster, tragen Vorräte ein, von denen sie im Winter beheraus leben. Er ist so flug, die von ihm eingesammelten Getreidekörner durch Abbeißen der Keimzelle am Auspflanzen zu hindern. Ebenso häufen Maulwurf und Alts Regenwürmer und Frösche in ihren Bauen an, indem sie ihnen, ohne sie zu töten, durch einen Biß den Bewegungsnerve lähmen.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff-Dresden, 28. Februar 1924.

Werkblatt für den 29. Februar 1924.

5⁰⁰ Sonnenanfgang 5⁵⁰ Mondanfgang 3¹⁰ B. Sonnenuntergang 5²⁰ Monduntergang 11¹⁰ B. 1792 Reichlicher Komponist Hoffant geb. — 1864 Ethnograph Karl Weise geb.

Vorstandssitzung des sächsischen Gemeindetages

Dresden, 27. Februar. Zur Besprechung einer großen Anzahl wichtiger Gemeindefragen ist der Vorstand des sächsischen Gemeindetages am 23. Februar zu einer Sitzung im Neuen Rathaus zusammengetreten. Zweck der Sitzung war vor allem, zu der dritten Steuernverordnung, die namentlich in ihren Kapitalien Finanzausgleich und Mietzinssteuer für die Gemeindefinanzen von einschneidender Bedeutung ist, Stellung zu nehmen. Namentlich mußte eingehend die Frage der Erhebung einer Mietzinssteuer vom Standpunkte der Gemeinden geprüft werden. Der Vorstand spricht sich für die Erhebung einer Mietzinssteuer für Wohnbauzwecke, etwa im Betrage von 5 v. H. der Friedensmiete (nötigenfalls bis zu 10 v. H.) aus, ferner soll die sächsische Staatsregierung ersucht werden, dafür befohlen zu sein, daß den sächsischen Gemeinden bei dem Wegfall der Reichsmittel am 1. April die erforderlichen Steuerquellen zur Verfügung gestellt und daß hierfür in erster Linie die schon vorhandenen Steuern (Gewerbesteuer, Arbeitgeberabgabe, Grundsteuer) entsprechend ausgeschöpft werden. Eine Mietzinssteuer für allgemeine Finanzzwecke der Gemeinden zu erheben, wurde zwar mit Stimmenmehrheit abgelehnt, dagegen mit Mehrheit zum Ausdruck gebracht, daß, wenn der Landtag eine Mietzinssteuer für die allgemeinen Finanzzwecke des Staates beschließen sollte, der Landtag und die sächsische Staatsregierung zu eruchen seien, diese Steuer dem Lande und den Gemeinden zu gleichen Teilen zur Verfügung zu stellen. Die vom Landeswohnungsamt geplante Neugründung einer Landeswohnungsbank wurde einstimmig abgelehnt. Es soll für diese Zwecke vielmehr der bereits bestehende Landeswohnungsverband Sachsen herangezogen werden.

Gegenstand der Beratung war ferner die Frage der Entschädigung der Gemeinden für die Verwaltung der Gewerbe- und Kirchensteuer. Es wurde einstimmig gefordert, daß die Entschädigung für die Verwaltung der Gewerbe- und Kirchensteuer für die Gemeinden auf 6 Prozent belassen werde, da ein großer Teil der Gemeinden mit diesem Bombardierungsfaktor die Verwaltungskosten auch heute noch nicht zu bedecken vermögen. Hinsichtlich der Kirchensteuerverwaltung soll für die Einhebung des Jahresertrags 1924 der gleiche Bombardierungsfaktor, das sind 5 Prozent gefordert werden, wie er vom Reichsfinanzministerium bezw. den Landesfinanzämtern den Gemeinden für die Einhebung des Jahresertrags 1923 bewilligt worden ist.

Das Ministerium für Volksbildung hat dem sächsischen Gemeindetage vor kurzem den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Schulgesetzgebung an die Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (Anpassungsgesetz) zur Stellungnahme überreicht. Der Entwurf wird eingehend durchgesprochen. Zu dem Entwurfe wird eine große Anzahl von Änderungsanträgen gestellt. Vor allem wird betont, daß der Regierung gegenüber die Wiederherstellung der gemeinsamen Selbstverwaltung auf schulischem Gebiete und damit die Beseitigung des Widerspruchs in den Paragraphen 5 und 36 des Schulbedarfsgesetzes zu fordern ist. Ferner soll dagegen Einspruch erhoben werden, daß die Schulangelegenheiten zu den übertragenen Aufgaben der Gemeinden gehören.

Der Vorstand beschließt ferner den Abschluß eines von der Brandversicherungskammer überreichten Sammelvertrages über die Feuerversicherung des in den Gemeinden vorhandenen Mobiliars. Hinsichtlich der Erstattungstarife für sächsische Armeverbände beschließt der Vorstand, bei der Regierung wegen einer Erhöhung der Tarifsätze für die geschlossene Armenfürsorge vorstellig zu werden und dabei für etwaige künftige Erhöhungen der Beihilfen in den Landes-Heil- und Beipflegeanstalten automatisch auch angemessene Erhöhungen der Erstattungssätze für die Gemeinden zu fordern. Von einer einheitlichen Festsetzung der Gebühren für die Leichenfrauen wurde wegen der verschiedenen örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden abgesehen.

Die Anfuhrer, die in den letzten Wochen in unserer Stadt verschiedenartig Schaden anrichteten, scheinen ihr strafbares Treiben in die Umgebung verlegt zu haben. Anfang der Woche wurden Gutsbesitzer in naher Sachsdorf repräsentative Briefe mit Drohungen zugestellt. Des weiteren haben am Dienstag abend in der 1. Stunde zwei Unbekannte in der Nähe der Hofmühle nach Sachsdorf gehenden Kindern Fettel ähnlichen Inhaltes an dieselben Gutsbesitzer ausgehängt. Es waren junge Burschen, der eine mit rötlichem Haar, trug einen Aufschlag, der andere, kleinere, einen Esseneimer. Wer nähere Angaben über sie machen kann, wird gebeten, das sofort bei der nächsten Polizeistelle zu tun.

Die Stellung des evangelischen Jugendwertes innerhalb der Jugendbewegung. Die Erörterung dieser Frage kommt neuerdings wieder stärker in Fluß, vor allem auch durch ein Buch des Züricher Pädagogen Dr. W. Förster, in dem die evangelische Jugendbewegung, wie man das auch sonst gelegentlich finden kann, als eine ziemlich nebensächliche Sache beiseite geschoben wird. Diese Stellungnahme geht darauf zurück, daß man an Oberflächlichkeiten und Nebenächlichkeiten, am „Lebensstil“ hängen bleibt. Wer mit der Jugend unserer Tage wirklich zusammenlebt, der weiß, ihre „Bewegung“ hat eine tiefere Wurzel: Die neue erwachte Frage nach dem Sinn des Lebens, der Menschheit und der Geschichte. Sie ist nirgends stärker empfunden worden, als innerhalb jener evangelischen Jugend, die von der Bewegung der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts herkommt, aus der die Schülerbewegungen, die christlichen Vereine junger Männer und die christliche Studentenbewegung entstanden ist und die seit den Tagen von Benediktin und Seawoo und seit der kraftvollen Umbildung der christlichen Pfadfinderschaft weite Kreise des evangelischen Jungmännerwertes ergriffen hat. Von ihr sagt Reichswart Erich Stange in einem demnächst erscheinenden Aufsatz des „Auf“, der führenden evangelischen Jungmännerzeitschrift, der sich mit Förster ausführend auseinandersetzt: „Es wird für alle Zeiten ein Ehrenzeugnis unserer evangelischen Jugend bleiben, daß in ihrer Mitte das neue Leben zuerst und am nachhaltigsten aufgebrochen ist.“

Falsche Fünfbillionscheine. Falsche Reichsbanknoten zu 5 Millionen Mark der 1. Ausgabe vom 1. November 1923 sind im Umlauf. Vor Annahme wird nochmals gewarnt, und es wird darauf hingewiesen, daß eine

neue Nachahmung im Umlauf festgestellt wurde, die u. a. daran zu erkennen ist, daß das bei echten Noten in den Papierstoff eingearbeitete Wasserzeichen auf der Rückseite der Falschstücke durch einen Ausdruck vorgetäuscht worden ist. Die Reichsbank zählt nach ihrem Ermessen denjenigen Personen, durch deren Mißbillie die Festnahme der Hersteller von falschen Reichsbanknoten ermöglicht wird, hohe Belohnungen.

Postalisches. Der von der Reichspostverwaltung bisher auf 90 Pfennig festgesetzte Umrrechnungsatz des Goldfranken im Auslandspaketverkehr ist mit sofortiger Wirkung auf 83 Pfennig ermäßigt worden. — Im Auslandspostverkehr zugelassen werden vom 1. März an: Postanweisungen nach Großbritannien und Irland, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten in fremden Ländern (Meißelbetrag 20 Pfund Sterling); ferner Postanweisungen nach Schweden (Meißelbetrag 800 Kronen) und Gebührentettel zu Verlastungen und Paketen nach Schweden.

Verbotene Lotterien. Zurzeit wird in Inseraten und in brieflichen Angeboten zum Spiel in der Hamburger Staatslotterie aufgeführt, zum Teil unter Weglassung der Bezeichnung „Hamburger“, so daß der Anschein erweckt werden kann, als handele es sich um die Preussische Staatslotterie. In Preußen und in den übrigen an der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie beteiligten Ländern — d. h. in allen deutschen Ländern, mit Ausnahme der Freistaaten Sachsen und Hamburg — ist das Spielen in der Hamburger Staatslotterie und ebenso auch in der sächsischen Staatslotterie gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt. Das gleiche gilt von dem Verkauf und dem Anbieten solcher Lose. Gegen Zuwiderhandlungen wird unanachsichtlich vorgegangen.

.. Kausbach. Die Gemeindeverordneten wählen zu ihrem ersten Vorsteher Herrn Gemeindevorstand Knösch, zu dessen Stellvertreter Herrn Gutsbesitzer Rump, Schriftführer wurde Herr Otto Pöhl. Außerdem wurde ein Finanz- und ein Wohlfahrtsausschuß gewählt.

Sachsen und Nachbarschaft

S. Siebenlehn. Vor einem dichtgefüllten Saale fand am Sonntag unter Leitung des Lehrers Haubold ein Kinderkonzert statt. Die wohlgelungene Veranstaltung war dem deutschen Volkslied gewidmet. Mit warmer Begeisterung und guter Aussprache wurden alle Lieder zu Gehör gebracht und fanden dabei in den Herzen der Zuhörer dankbare Anerkennung. Der sich in herzlichstem Beifall befindende ein Beweis, daß dem Volkslied trotz seines Alters und schlichten Gewandes immer noch jugendlicher Reiz und verjüngende Kraft innewohnt. Und wo liegt das Geheimnis solcher Zauberkräfte? Die gemütsame Dichterin Ebner-Eichenbach sagt uns in dem schlichten Reime:

Ein kleines Lied, wie geht's nur an,
Daß man so lieb es haben kann,
Was ist doch dran, erzähle:
Es ist darin ein wenig Klang,
Ein wenig Rhythmus und Gesang
Und eine ganze Seele.

Aus der Tiefe der deutschen Volkssee quillt also dieser niederlagende Jungbrunnen. Das Volkslied ist das getreue Spiegelbild deutscher Innerlichkeit. Alles, was das deutsche Herz bewegt — Lachen und Weinen, Trauern und Hoffen — das strömt aus im Gesang, das gab dem deutschen Liede die geistvolle Wärme Tönung. — Welche Stellung nehmen wir denn heute zum Volkslied ein? Fast scheint es, als sollte ihm das Schicksal eines „Athenbrödel“ unter den Liedern beschieden sein; noch dazu in einer Zeit, da wir seiner so nötig bedürfen; denn in Zeiten vaterländischer Not ist das Volkslied dem Deutschen immer ein wohltuender Begleiter gewesen, der ihm Trost und kraftvollen Glauben an eine bessere Zukunft im Herzen erweckt. Die Schule hat es stets als eine ihrer vornehmsten Pflichten erkannt, die Liebe zum deutschen Volkslied den Kinderherzen einzupflanzen. Daß sie es in diesem Bestreben zu anerkannten Erfolgen bringen kann, bezeugte auch die obengenannte Gesangsaufführung, die dem Chorleiter, Herrn Lehrer Haubold, alle Ehre machte. — Einen recht ansprechenden, stimmungsvollen Ausklang fand die Veranstaltung durch die stimmungsvolle Szene: „Es muß doch Frühling werden!“

S. Siebenlehn. Aus der Gemeindeverordnetenversammlung. Der Kraftstrompreis beim sächsischen Elektrizitätswerke wurde von 30 auf 25 Pfd., bezw. bei größerer Abnahme auf 20 Pfd. sinkend, festgesetzt. Den städtischen Zuschuß zur Gewerbesteuer setzte man von 200 auf 100% herab.

r. Mergendorf. Hier wurden in die Schule 20 Kinder aufgenommen, 18 werden entlassen.

r. Saupsdorf (Sächs. Schweiz). Die hiesige Freiwillige Feuerwehr hielt am 23. d. M. ihr 25jähriges Stiftungsfest ab. 21 Mitbegründer der Wehr gehören ihr noch aktiv an und wurden durch den Hauptmann, Kantor Nürnberg, im Auftrage des Gemeindevorstandes mit dem Diplom des Landesverbandes ausgezeichnet. Obersteiger Sommer erhielt gleichzeitig das Ehrenzeichen des Landesverbandes für 25jährige Dienstzeit.

ie. Kleinroßdorf. Am 23. Februar veranstaltete der hiesige Militärverein sein 13. Stiftungsfest. Das Fest verlief bei reger Beteiligung in angenehmer Weise, so daß die letzten Gölle erst in früher Morgenstunde ihrer heimatischen Behausung zuwanderten. Große Freude erregte eine reichhaltige Warenverlosung, bei der jeder Loszieher für 10 Pfennige ein schönes Geschenk erhalten konnte. Nicht unerwähnt sollen bleiben: die zu Herzen gehende Begrüßungsansprache des Herrn Vorsitzenden Schmiedemeister Paul Nierlich, die Ergründung der im Weltkrieg gefallenen Ortsöhne durch denselben Herrn, sowie die zur Hebung der Geselligkeit vorgebrachten und wohlgelungenen Soloszenen der Herren Wabl und Deyme. Daß sich unter den ehemaligen Soldaten und Kameraden das Gefühl der Zusammengehörigkeit immer mehr bemerkbar macht, war daraus noch zu erkennen, daß sich gegen 10 neue Mitglieder am Festtage dem Verein angeschlossen haben. — Am Sonntag nachmittag wurden an der hiesigen 3. Kreisjahr Weltreisenden Groß nebst Frau und Otto Meyer den hiesigen Ort und wanderten das Ribbertal aufwärts nach Großroßdorf zu. Ihr nächstes arbeitsreiches Ziel ist Wauhen und die Lausitz. — Ostern 1924 verlassen die hiesige Schule 11 Konfirmanden und zwar 8 Knaben und 3 Mädchen, während nur 2 Neulinge eintreten.

B. Kleiniehbüchel (Sächs. Schm.). Beim Schlittensahren von Kindern und Erwachsenen kann man häufig die große Anliefe beobachten, daß sie zwei oder mehr Schlitten zusammenkloppen oder sich zu zweit oder dritt auf einen Schlitten setzen.

Eine solche Abfahrt wird bei sportlich nicht geübten Leuten fast stets mit einem Sturz, nicht selten mit einem Unglück enden. Zusammengeklommene Schlitten lassen sich aus leicht erkennbaren Ursachen überhaupt nicht steuern, mehrfach besetzte aber nur dann, wenn alle Mitfahrernden geübt und erzogen sind, nur einem die Schlittensführung zu überlassen. Diese Sportdisziplin aber darf man wohl unter den vielen, die dem Schlittensahren auf der Straße hulbigen, nur bei ganz wenigen voraussetzen. Wer diese Warnungen für überänglich hält, dem sei gesagt, daß sie ein alter Sportmann ausspricht, dem man großmutterhafte Bedächtigkeit nicht nachsagt. Der sei aber auch durch die zahlreichen Unglücksfälle gewarnt, die täglich vorkommen, aber durchaus nicht auf das Konto „Gefahren des Winterportes“ gehören, vielmehr sträflichem Unverständnis und Leichtsinne entspringen. So fuhr in Krippen Schulknaben mit zusammengeklommene Schlitten eine Straße herab, die Schlitten konnten nicht gebremst werden und einer lauschte, sich losreisend, in den tiefliegenden Krippenbach. Ein achtjähriger Knabe starb an den Folgen dieses Sturzes. In Kleiniehbüchel fuhr ein junger Mann auf dem Wege nach Wauhen auf zwei zusammengeklommene Schlitten die Straße hinab und gegen einen Baum. Ein Mädchen brach das Bein. Zwei ähnliche Unfälle ereigneten sich bei Bad Schandau; in einem Falle geriet sich ein junger Mann das Gesicht, im anderen Falle war eine Fußverrenkung die Folge. In einem dritten Falle liegt der Verunglückte, der zu zweit fuhr, mit dem Schlitten zusammengeklommene noch heute nach Boden in einer gräßlichen Verletzung darnieder. Wir wollen den gefundenen Zug zu Sport und Freiluftbewegung bei Erwachsenen und Kindern in jeder Weise fördern und unterstützen, aber energisch Front machen gegen allen Unsinn und alles unvernünftige Gebahren.

pp. Lawalde, Hegen in Lawalde. In Lawalde wird eine Person des Herens beschuldigt. Holuspokus! Ein Gespenst geht in unserem Orte um. Viele Einwohner sind in Aufregung, hauptsächlich die Viehhüter. Es ist ein Herenmeister in Tätigkeit und nimmt fremden Kühen die Milch, Schweinen den Speck, Bienen den Honig. Man will den schrecklichen Hererich zur Mitternachtsstunde beim roten Feuerstein in einem Zauberbuch lesen sehen. Vielleicht kommt er eines schönen Tages oder nachts, denn solche Dinger passieren ja bloß, wenn es finster ist, zum Schornstein auf einem Besen herausgeritten. — Hält man solchen Aberglauben in einem hochkultivierten Lande für möglich, und noch dazu im Jahre 1924? Man glaubt sich ins Mittelalter verlegt, wo unheilvolle Beilein auf dem Scheiterhaufen enden mußten. — Ihr Abergläubigen, das sei euch gesagt, kein Mensch kann überirdische Dinge tun, aber schlecht gehandelt ist es, einem Mitmenschen einen derartigen Verdacht aufzuerlegen, mag man zu ihm stehen wie man will.

j. Niesla. Hier wird der wegen Mangel an Betriebsmitteln eingestellte Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen. Hoffentlich wird auch die Benutzung besser. — Die Ortsgruppe vom Reichsbunde der Kriegeschädigten hielt hier eine öffentliche Volksversammlung ab, in der besonders bessere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange gefordert wurde. — Die Riete für März für die Stadt Niesla ist auf 20,4% der Friedensmiete festgelegt worden. Damit ist sie höher wie in den Nachbarkommunen. Niesla ist überhaupt in punkto Lebensmittel und Anzug teurer wie Dresden. — Das Heimatmuseum ist wiederum am 1. April geöffnet. — Gewarnt wird vor einem Schwindler, der sich als Studienrat ausgibt und Gelder gegen den Schulabbau sammelt.

S. Höhren. Am Dienstag abend gegen 9 Uhr entstand im Rittsbau der Mühlenwerke Richard Lüders hier Feuer. Die in den oberen Geschossen stehenden Maschinen — Elevatoren und andere Maschinen — sind ausgebrannt, weiterer Schaden ist aber nicht veranlaßt worden. Gegen 12 Uhr war jede weitere Gefahr beseitigt. Die Mehl- und Getreidevorräte konnten erhalten bleiben; der durch den Brand angerichtete Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden, doch soll Brandstiftung, wie uns mitgeteilt wird, nicht vorliegen. Es wird angenommen, daß das Hestlaufen einer Welle die Ursache des Brandes ist.

S. Müllheroda. Der hiesige Landwirtschaftliche Verein, welcher zu den ältesten Vereinen dieser Art in der Nachbarkommune gehört, feierte am 23. Februar im Gasthause „Grüne Tanne“ sein 85jähriges Stiftungsfest. Bei dieser Gelegenheit wurden eine Anzahl Herren in Anbetracht ihrer 25-jährigen Mitgliedschaft durch Diplome ausgezeichnet. Die Ueberreichung erfolgte durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Matthes in Rochlitz.

S. Rochlitz. Die Rochlitzer Realschule begeht am 6. Juni die Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens. Anlässlich dieses Jubiläums soll ein Ehrenmal für die Befallenen ehemaligen Rochlitzer Realschüler enthüllt und eine größere Festschrift mit einem Gedichtband herausgegeben werden.

S. Rochlitz. Die Einweihung und Verpflichtung unseres neuen Bürgermeisters, des Herrn Stadtrats Dr. Herrmann aus Crimmitschau, erfolgt Freitag, den 29. Februar, nachmittags 3 Uhr im Rathaussaale durch Herrn Kreisauptmann Lange aus Leipzig.

Tagesneuigkeiten

Die Schiffahrt in der Ditsch wieder lahmgelegt. Infolge der Eisschwierigkeiten auf der Ditsch ist die Schiffahrt völlig lahmgelegt. Die Schiffe in der Ditsch sind wieder durch Eis gesperrt. Selbst starke Dampfer sind es zurzeit nicht möglich, die Eisbarriere zu durchbrechen. Im Haff ist die Eisdicke 20 Zoll stark.

Der Schupobeamte als Mörder. Der Doppelmord, der vor einigen Tagen in der Schleienerstraße in Berlin an zwei adel beleumundeten Frauen, der 40 Jahre alten Eise Hoffmann und ihrer Mutter, der 64 Jahre alten Emma Trautmann, begangen wurde, ist nunmehr aufgeklärt: als Mörder wurde der 26 Jahre alte Schupobeamte Bruno Gerich, der unter Mordverdacht verhaftet worden war, einwandfrei festgestellt. Gerich hat bereits ein Geständnis abgelegt. Es wird angenommen, daß er die Hoffmann aus erotischen Motiven ermordet habe; er bestritt das jedoch und will sie in einem Stille erlösen und ihre Mutter dann als Zeugin durch Erdroffeln beseitigt haben.

Der Maler der Mondlandschaften gestorben. Der Maler Louis Douzette, dessen Mondlandschaften in der ganzen Welt bekannt sind, ist, 90 Jahre alt, in Paris in Pommeren gestorben. Douzette war von französischer Abstammung, aber er war in Deutschland geboren, und seine Malerei ist durchaus deutsch. Er begann als — Studienmaler, strebte aber nach Höherem und wurde dann einer der populärsten Landschaftler.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 28. Febr.

Table with columns for animal types (Rinder, Schweine, etc.), weight classes, and prices per unit.

Stimmungsbericht der heutigen Dresdner Börse.

Da das Publikum fast gänzlich am Markt fehlte, war der Umsatz gleich Null. Trotzdem war eine geringe Widerstandsfähigkeit der Kurse nicht zu verkennen.

Berliner Produktenbörse von heute, dem 28. Februar.

Weizen 16,30-16,80; Roggen 13,20-13,80; Sommergerste 17,80-18,80; Hafer 11,50-12,00; Weizenmehl 25,25 bis 27,25; Roggenmehl 21,50-23,50; Weizenkleie 8,80-9,00; Roggenkleie 7,00-7,30; Raps 29,50.

Schwache Börsentätigkeit.

Eine Belebung des Börsenverkehrs war auch heute nicht festzustellen. Das geringe Angebot, welches zum Teil mit Realisationen zum Zwecke der Beschaffung von Zahlungsmitteln für die demnächst fälligen Steuern erklärt wird, fand auch heute nur zu etwas ermäßigten Kursen Aufnahme.

Dresdner Kurse von heute, dem 28. Februar 1924.

Large table containing various market rates including bank rates, exchange rates, and prices for different types of stocks and bonds.

Amtliche Verkündigungen Staatsgrundsteuer. Die in den letzten Tagen zugestellten Steuerbescheide für das Rechnungsjahr 1922 enthalten die Steuerwerte der einzelnen Grundstücke.

Familienanzeigen. Für die anlässlich unserer Silberhochzeit dargebrachten zahlreichen Ehrungen und Glückwünsche sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank.

Kurze Familiennachrichten. Geburten: Oberleutn. Wilhelm Philipp und Frau von geb. Reuer, Dresden, ein Sohn.

Herren-Schlüpfer * Damen-Mäntel Konfirmanten-Anzüge und Kleider zu labelhaft billigen Preisen.

Rot- und Weißweinflaschen kauft jede Menge Heinze & Co.

Ab Freitag: 3. Wagon Karzer Käse Kiste 1,50 Mk.

Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau. Älteste Gartenbau-Zeitschrift Deutschlands Mit Beilage Geflügel- u. Kleinvieh-Wirtschaft.

Jäpel. Bevor Sie kaufen, wollen Sie sich von meinem vorläufigen Angebot überzeugen. Geben sämtliche Waren auch gegen geringe Anzahlung gegen Ankaufspapier sofort mit.

Langer, Dresden-A., Frauenstraße 12 I. Nähe Neumarkt und Altmarkt.

Militärverein. Sonntag d. 2. März, 4 Uhr Monatsversammlung Kamerad Rühr: Keine Kriegserlebnisse.

Schönsenfleisch empfiehlt Martin Neubert, Markt 106.

Holzwohle in Ladungen und Balken dauernd vorrätig abzugeben.

Offene Stellen. Ein Mädchen, das gut melken kann, über 17 Jahr, zum 1. 3. oder später gesucht.

Herren-Schlüpfer * Damen-Mäntel Konfirmanten-Anzüge und Kleider zu labelhaft billigen Preisen.

Die älteste Rostschlächterei. Spezialwirtschaft u. Pferdegeschäft im Plauenischen Grunde. Inhaber: Kurt Stiering, Frettlas, Postkapp.

Gedenket der hungernden Vögel!

Bitte.

Beil' auf mir, du dunkles Auge,
 Uebe deine ganze Macht,
 Ernste, milde, träumerische,
 Unergründlich süße Nacht!
 Nimm mit deinem Zauberbüchel
 Diese Welt von hinten mir,
 Daß du über meinem Leben
 Einsam schwebest für und für.

Nicolaus Lenau.

Prozess Hitler und Genossen.

(Zweiter Tag.) München, 27. Februar.
 Gleich bei Beginn der heutigen Verhandlungen wurde aus den Reihen der Verteidiger an Hitler die Frage gestellt, ob zu irgend einem Zeitpunkt eine Besprechung stattgefunden habe, in der davon die Rede gewesen sei, das Direktorium Hitler-Ludendorff als Konkurrenzunternehmen gegen Raahr, Lössow und Seißer in Aussicht zu nehmen. Hitler antwortete auf diese Frage mit „Nein“. Auf die Frage der Staatsanwaltschaft, ob Hitler am 8. November die erste Stelle in Deutschland habe erreichen wollen, erklärte Hitler, es habe sich damals in München und Bayern ausschließlich darum gehandelt, Revolution zu machen, er habe ausdrücklich nur erklärt: „Den politischen Kampf führe ich“; politischer Kampf und politische Leitung des Reiches seien nicht identisch. Darauf trat das Gericht in die

Vernehmung des Angeklagten Dr. Weber,
 des Vorsitzenden des Bundes Oberland, ein. Dr. Weber machte zunächst ausführliche Angaben über die Ziele dieses Bundes. Das Endziel des Bundes war, den Versailles-Vertrag zu brechen und die für jeden Frontkämpfer unerträgliche Revolution umzusetzen zu machen. Ein weiteres Ziel des Bundes sei die Mitarbeit an der Überwindung der Klassenunterschiede gewesen. Innerpolitisch gingen die Bestrebungen des Bundes dahin, eine Festigung eines nationalen Deutschlands herbeizuführen. „In Hitler“, so fuhr Dr. Weber fort, „glaubten wir den Mann gefunden zu haben, dem allein es möglich sein könnte, die vaterländischen Kreise um eine Fahne zu scharren.“ Er kam dann auf die erste Berührung mit Ludendorff zu sprechen, indem er sagte: „Es war für uns selbstverständlich, daß wir bei Veranstaltungen stets den größten Wert auf die Teilnahme Ludendorffs legten.“ Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Dr. Weber noch, er sei von der bevorstehenden Bildung eines Generalkommissariats, mit Dr. v. Raahr an der Spitze, Wochen vorher bereits unterrichtet gewesen. Die Kampfbünde hätten aber über die Eignung Dr. von Raahrs für diesen verantwortungsvollen Posten Bedenken gehabt; man hätte lieber Pöhner oder eine andere hohe Person auf dem Posten gesehen. Besonders Vertrauen hätte man zu Seißer gehabt, da er sich mit allen nationalen Zielen der Kampfbünde, auch mit der Diktatur im Reich, völlig einverstanden erklärt hätte. Im übrigen aber hätten er und seine Freunde nach allen vorangegangenen Besprechungen die Überzeugung haben müssen, daß nicht nur Seißer, sondern auch General v. Lössow die Befreiung Deutschlands von Bayern aus anstrebten. Auf eine Frage des Vorsitzenden, was mit der

Eröberung des Nordens
 gemeint gewesen sei, antwortete Dr. Weber: „Das war nicht im wörtlichen Sinne zu verstehen, wir glaubten nur, daß die Reichsregierung einem politischen Druck nachgeben müßte. Daß Deutsche aufeinander schießen sollten, das wollten wir niemals.“
 Der Angeklagte erörterte dann in eingehender Weise

die Vorbereitungen zum Kampfe und betonte noch einmal, daß man bis zuletzt habe glauben müssen, daß Raahr und Lössow mitmachen würden. Lössow habe bei einer Besprechung am 6. November mit der Faust auf den Tisch geschlagen und wörtlich geäußert, daß er jeden Staatsfeind, der 51 Prozent Aussicht auf Erfolg habe, ohne weiteres mitmachen würde. Weber äußerte sich weiter über Hitlers Pläne zum Loschlagen, betonte gleichfalls, daß Ludendorff nicht vorher von diesen Plänen in Kenntnis gesetzt worden sei, schilderte dann in breiter Ausführlichkeit die Vorgänge in und nach der Versammlung im Bürgerbräu und sprach mit besonderer Bitterkeit von Lössows Abfall, der besonders schmerzhaft empfunden wurde, zumal da Ludendorff geäußert hatte: „Lössow hat mir sein Ehrenwort gegeben, und ein deutscher Offizier bricht sein Wort nicht!“ Es kam dann zu einem

Zwischenfall.

als der Zweite Staatsanwalt Ehrhardt an Dr. Weber die Frage richtete, ob er gehört habe, daß Ludendorff innerhalb der Reichswehr, namentlich in Norddeutschland, nur wenig Resonanz habe. Diese Frage löste im Saale und auf den Bänken der Verteidiger große Bewegung aus. Der Vorsitzende verbat sich alle Kundgebungen, da man in einem Gerichtssaal, nicht in einem Theater sei. Dr. Weber beantwortete dann die Frage dahin, daß für einen deutschen Offizier eine Stellungnahme gegen den größten deutschen General gar nicht in Frage kommen könne.

In der Nachmittags Sitzung

machte der Vorsitzende zunächst die Feststellung, daß das Gerücht verbreitet sei, er habe gestern zu Hitler gesagt: „Herr Hitler, ich bedaure, Sie nicht vorher kennengelernt zu haben!“ An diesem Gerücht sei kein wahres Wort. Es begann dann die

Vernehmung Dr. Pöhners,

der in längeren Ausführungen ein Bild seiner grundsätzlichen Politik gab. Er sei besonders stolz darauf, daß er der erste gewesen sei, der von den Staatsgebednen, die ihm als Beamten unterstellt gewesen seien, die „roten Fegeln“ der Rätezeit heruntergerissen habe. In Raahr habe er anfänglich nur lose Beziehungen gehabt; er habe als Polizeipräsident ihn schätzen gelernt, sei aber nur wenig mit ihm zusammengekommen. Personen, die in der vaterländischen Bewegung, vor allem in den Kampfbänden, eine Rolle spielten, hätten dann eine Annäherung zwischen ihm und Raahr vermittelt. Er selbst habe sich dem Parteileben möglichst fern gehalten, da er das Treiben der Parteien als einen der größten Krebsgeschäden aller Politik habe. Erst Ende 1923, als Raahr zum Generalkommissar ernannt war, sei er auf eine Anregung Ehrhardts mit Raahr zu längerer Unterredung zusammengekommen, und bei dieser Unterredung seien zum erstenmal die Pläne für die Errettung Deutschlands besprochen worden. Einer der Verteidiger regt hier den Ausschluß der Öffentlichkeit an, aber Pöhner erklärt auf eine diesbezügliche Frage des Vorsitzenden, daß er alles weglassen würde, was die Interessen des Vaterlandes gefährden könnte. Dann spricht er über die Rolle, die ihm selbst bei den Plänen Raahrs und bei Ehrhardts Vormarsch nach Berlin zugebilligt gewesen sei.

Landwirtschaftliches

Vom Sächsischen Landeskulturrat.

72. Gesamtsitzung vom 25. Februar 1924.
 Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Geh. Landesminister Steiger-Deutewitz, erstattet der Direktor des Landeskulturrates, Hofrat Dr. Schöne, den umfangreichen Tätigkeitsbericht. Er hob die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft hervor und belegte sie mit zahlenmäßigen Angaben, die besonders der Feststellung gälten, daß die Preise für die landwirtschaftliche Produktion erheblich unter dem Vorkriegswert

stünden, während andererseits die jährlichen Ausgaben und die Steuerbelastung der Landwirtschaft ganz wesentlich über denen der Vorkriegszeit stehen. Er stellte fest, daß die sächsischen Landessteuern allein das Vielfache des Betrages der gesamten Reichsteuern ausmachten; auf Goldmark umgerechnet würde die gesamte Getreideernte bei der Annahme eines Zentnerpreises von 7 Goldmark in den einzelnen Betrieben bei weitem nicht ausreichen, um die aus den Landessteuern allein sich ergebenden Lasten zu bezahlen. Die Verringerung der Gewerbesteuer und Arbeitsgeberabgabe habe zwar eine Verminderung der Steuerlasten zur Folge gehabt und wohl auch eine gewisse Beruhigung in die Landwirtschaft getragen, immerhin seien aber die Grund- und Jugtiersteuer derart unerträglich hoch, daß die Landwirtschaft in beiden Fällen eine Wänderung noch im Laufe dieses Jahres fordern müsse. Für die Grundsteuer müsse eine neue Einschätzung erfolgen und nicht die nach dem 31. Dezember 1921; für die Jugtiersteuer verlangt der Landeskulturrat, daß wie früher ein erheblicher Prozentsatz der Begebaukosten aus allgemeinen Mitteln gedeckt wird, da auch die Allgemeinheit ein Interesse an guten Zufahrtsstraßen hat. Des weiteren führte der Berichtsteller Klage über das rigorose Vorgehen der Buchergerichte und der Preisprüfungsstellen. Wie sehr bereits trotz weitgehender Vieboverkäufe die Zahlungsschwierigkeiten in der sächsischen Landwirtschaft zugenommen haben, gebe aus der Tatsache hervor, daß allein bei der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in den letzten Wochen 54 000 Zentner Düngemittel wieder abbestellt worden sind. Das alles sei ein Beweis, daß die Landwirtschaft zum Schaden der deutschen Nahrungsverhältnisse gezwungen sei, die intensive Wirtschaft aufzugeben. Dazu kommt noch die Unsicherheit, die durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes wieder in die landwirtschaftliche Bevölkerung getragen würde, ob sie überhaupt das, was sie für im Herbst noch ernten könnte.

Die Aussprache.

In der Aussprache betonte der Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Dr. v. Hübel, daß die Regierung die jetzige Notlage der Landwirtschaft durchaus anerkenne. Die Landespreisprüfungsstelle beruhe auf einer Reichsverordnung, müsse also weiter bestehen, bis die Verordnung vom Reich aufgehoben werde. Das Wirtschaftsministerium sei der Ansicht, daß die Erzeuger- und Marktpreise für Schlachtwieher keine Richtlinien mehr bedürfen, da eine Notmarktlage nicht mehr bestände. Auch die Steuerlasten müßten auf jeden Fall nachgeprüft werden, aber die Landwirtschaft dürfe nicht verlangen, daß sie, wie auch die übrige Wirtschaft, alles nur irgendwie Mögliche an Steuern leisten müsse. Die Kreditfrage zeige jetzt deutlich Ansätze zur Besserung. Im übrigen sei das Ministerium der Ansicht, daß die Intelligenz und Tatkraft der Landwirte die jetzige Notlage auch überwinden werde.

Am Schluß der Aussprache wurde eine längere

Einschließung

angenommen, in der es u. a. heißt: „Der Landeskulturrat als die gesetzliche Vertretung der sächsischen Landwirtschaft, hat die schwere Notlage der Landwirtschaft rechtzeitig erkannt. Er hat nicht allein durch intensive Aufklärung, sondern auch durch Vorstellungen bei den zuständigen Regierungsstellen versucht, die unbedingt nötigen Vorbedingungen für die Schaffungsmöglichkeit der Landwirtschaft vorzubereiten. Alle Warnungen sind unbeachtet geblieben. Die Landwirtschaft befindet sich heute mitten in einer Krise, wie sie schwerer nicht gedacht werden kann. Ohne Zoll- und Seidenschutz ist sie der Konkurrenz des Auslandes preisgegeben im Gegensatz zur Industrie, der hohe Zölle zugesichert worden sind. Das Drückendste ist die Steuergesetzgebung. Alles Betriebskapital ist den einzelnen Wirtschaften entzogen worden. Unverständlich ist auch, daß der Ausnahmezustand aufgehoben werden soll. Es kann vor diesem Schritt nicht einbrinlich genug gewarnt werden. Im vollen Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit fordert daher die 72. Gesamtsitzung des Landeskulturrates Aufhebung aller Zwangsbestimmungen gegenüber landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Aufhebung der Buchergerichte und der Landespreisprüfungsstellen, wesentliche Herabsetzung der jetzigen Steuerlasten, sofortige Beseitigung ungerechter Steuern, insbesondere der Jugtiersteuer, Vermeidung von Doppelbesteuerung (Gewerbesteuer) und Vereinfachung des Steuerrechts, Befreiung der Landwirtschaft von den Lasten der Arbeitslosenfürsorge, Schutz gegenüber der ausländischen Konkurrenz, Kreditgewährung zu tragbaren Bedingungen, Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Er-

Ein Schritt ins Unrecht.

Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Linke, Dresden-21
 Kriminalroman von Arthur Dindler-Tannenber.

„Hier! Was gibt's?“
 „Bitte, folgen Sie mit.“
 Und ehe er noch recht wußte, wie es gekommen war, stand Volkmar im Saale, vor dem Absteigerische. Jetzt war er wieder vollkommen Herr seiner Empfindungen. Kalt, gleichgültig schaute er drein. Die Mienen des scharfgeschnittene Gesichts zuckten nicht.
 Als er vereidigt wurde, blickte an der erhobenen Hand der große Edelstein.
 Herbert deutete sich zu seinem Freunde und Verteidigungskollegen Krusius.
 „Der Opall — Das ist er“, sagte er leise.
 Krusius nickte.
 Der Präsident aber begann das Verhör.
 „Wir möchten von Ihnen, Herr Zeuge, erfahren, wie sich das Gespräch entwickelte, das Sie am Abend des dreizehnten Februar mit Herrn Grothe hatten, in der Nacht, ehe er starb.“
 „Ich stehe zu Diensten, Herr Präsident.“
 „Weshalb kamen Sie zu Herrn Grothe?“
 „Ich habe darüber dem Herrn Untersuchungsrichter bereits meine Aussage gemacht.“
 „Jawohl, Sie befindet sich bei den Akten, aber die Herren Geschworenen haben Anspruch darauf, diese Aussage von Ihnen selbst zu hören.“
 Volkmar begann sich eine Sekunde, dann aber beschloß er, bei seiner damaligen Angabe zu beharren. Er konnte ja immer noch interpretieren oder ändern. — Demgemäß erzählte er, was Herbert in jener Nacht bei den Akten fand.
 Dieser erhob sich und begann zu fragen.
 „Also, es war eine Zeitungsnachricht, um deren willen Sie gerufen wurden? Sonst nichts?“
 Der schlaue Mann merkte, dahinter lauerte die Auskunft, er mußte also ein Loch aus der Falle finden. So vaterhaft es war, daß diese Auskunft erzielte, trotzdem er

se längst verdrammt wußte, er ließ sich nicht einschüchtern oder beirren.
 „Doch, noch etwas, eine rein persönliche Angelegenheit, die aber nichts zur Sache hier bedeutet, im Grunde war es die beunruhigende Zeitungsmeldung, um deren willen ich gerufen worden war.“
 „Was interessiert aber auch jene persönliche Angelegenheit. Wir stehen aus ihr Schlichte.“
 „Aber meine privaten Verhältnisse verweigere ich die Auskunft, ich bin hier nicht Beschuldigter.“
 „Das wird sich finden“, entgegnete Herbert von Plessenow. „Aber eine private Angelegenheit zum Beispiel werden Sie doch wohl Auskunft geben müssen, sie läßt sich einfach nicht verleugnen, da sie öffentlich-notorisch ist. Sie waren mit der Angeklagten verlobt?“
 „Gewiß!“
 Die listigen Augen leuchteten.
 „Also das geben Sie zu?“
 „Gewiß. Und ich weiß, daß ich deshalb hier jedes Zeugnis ablehnen darf. Ich tue das, ich lehne es ab.“
 Da redete sich Herbert von Plessenow auf.
 „Dann, Herr Präsident, bitte ich um die Gerichtsentscheidung wegen Verlesung der Auskunft.“
 „Und ich erhebe noch einmal Einspruch“, erklärte der Staatsanwalt. „Ich kann nicht widerspruchlos zugeben, daß ein Zeuge, den ich vorgeschlagen hatte, persönlich blossgestellt wird, trotzdem sein Zeugnis für die Strafsache selbst belanglos ist.“
 Der Vorsitzende nahm das Wort.
 „Was wollen Sie auf Grund der Auskunft, deren Verlesung Sie beantragen, zur Strafsache Grothe beweisen, Herr Verteidiger?“
 „Daß das Gift, mit dem der Mord geschah, von Herrn Volkmar stammt. Nichts mehr und nichts weniger.“
 Das schlug wie eine Bombe.
 Das wogte und brauste durcheinander.
 Der Portugiese stand aufschakel.
 „Dere Präsident, ich rede auf Ihren Schalk gegen diese unerhörte Beschimpfung.“ — Mit stehenden Augen dann

zum Verteidigertisch gewendet: „Steht das vielleicht in jener Auskunft?“
 „Nein“, gab Herbert zurück, „aber ich werde an der Hand neuer Zeugen und in Verfolg jener Auskunft beweisen, was ich behaupte.“
 „Und ich werde mich, wenn mich der Herr Präsident nicht beschließt, keiner weiteren Zweifelte anssehen. Man findet mich ja, wenn man mich zu meiner eigenen Verantwortung sucht. In dieser Sache habe ich das Recht, meine Aussage zu verweigern, und von diesem Rechte mache ich Gebrauch.“
 Den Kopf hochgeworfen, im Gesicht den Ausdruck unsaglicher Geringschätzung und Gleichgültigkeit, machte er ein paar Schritte nach der Tür.
 Da aber schnellte der Vorsitzende an.
 Scharf und laut klang sein Befehl:
 „Halt! Dieser Herr verläßt nicht den Saal, ehe ich es gestalte.“
 Die beiden Gerichtsdiener traten vor die Tür, welche nach dem Flur führte. Zwei junge Männer, denen man die militärische Dienstreife noch ansah.
 Volkmar merkte sofort, daß hier mit Gewalt nichts zu machen war.
 Er schritt auf den Platz zurück, den er soeben verlassen hatte. Noch bleicher sah er aus, noch düsterer, sonst aber meisterte er den furchtbaren Aufruhr seines Innern vortrefflich.
 „Das Wort hat der Herr Verteidiger“, klang die jetzt wieder ruhige Stimme des Präsidenten.
 Herbert von Plessenow begann:
 „Die Verteidigung hat in Erfahrung gebracht, daß an jenem dreizehnten Februar zur Kenntnis des Herrn Grothe Tatsachen gelangten, welche in jener Auskunft genannt werden, deren Verlesung vom Gerichtsbefehl abhängt, deren sachlichen Inhalt mitzuteilen mir gesetzlich nicht verwehrt werden kann.“
 Der Präsident nickte.

(Fortsetzung folgt.)

zeugnisse und deren Bedarfsartikel, Aufrechterhaltung des Ausnahmestandes, um dem Landwirt die Möglichkeit zu geben, in Ruhe und Ordnung seinen Betrieb weiterzuführen."

Tagung des Reichslandbundes.

Dresden, 27. Februar.

Das Gebäude des Pirius Busch war der Schauplatz der großen öffentlichen Versammlung der 4. Reichslandbundtagung, zu der auch Vertreter der Regierung und Behörden erschienen waren. Aus allen Teilen des Reiches waren Vertreter anwesend, die Versammlung war überfüllt.

Der Vorsitzende H e p p wandte sich im Beginn seiner Rede an die verantwortlichen Stellen in Reich und Ländern. Es sei Pflicht, ihnen zu sagen, daß die Landwirtschaft im Erliegen sei. Es ist eine Großtat unseres Volkes, daß es sich noch unter der Last eines Friedensvertrages mit seinem Allerlehten, mit seinem Grund und Boden und seinem Besitz, in wenigen Wochen eine neue Währung aus dem Boden gekämpft hat. Der Redner wendet sich gegen die Revolution von 1918 und kritisiert heftig die herrschende Syndikats- und Trustbildung, die er als Liberalismus bezeichnet. Wie dem Marxismus wohnt auch dem Trust- und Syndikatsgedanken das Juristerringen des Wertes der Einzelpersonlichkeit gegenüber der Masse bei. Das Jahr 1924 wird das Jahr des Kampfes für die Freiheit sein.

Wir wollen für Deutschlands Freiheit und Deutschlands Zukunft arbeiten, kämpfen und bluten, und wenn es sein muß, auch fallen. Der Redner brachte darauf ein Hoch auf das deutsche Vaterland aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes Freiherr v. Richthofen begrüßte den Landbundtag. Prof. Dr. H a r n e s s e r - G l e k e n sprach über den „Deutschen Staatsgedanken“. Jede Staatskunst sei vergänglich, wenn sie nicht die Wissenschaft des Menschen, die Gesetze menschlichen Gemeinschaftslebens kenne. Wir wollen keinen Klassenstaat von oben, aber auch keinen Klassenstaat von unten.

Roeschdes Vermächtnis.

Es wurde alsdann als letztes Vermächtnis Dr. Roeschdes eine Entschleunigung des Reichslandbundes Verleschen, die einstimmige Annahme fand, und in der es u. a. heißt: daß die deutsche Regierung die Höhe von der Kriegsschuld Deutschlands endgültig zerstört, und daß sie den Verfallter Vertrag mit allen seinen Forderungen durch das Unrecht des Ruhestreichs für gerichtlich erklärt.

Antrag des Landeskulturrates auf Nachprüfung der Gewerbesteuerveranlagung 1923

Der Landeskulturrat hat in den letzten Tagen eingehenden Beschwerden sowie einer Aussprache in der letzten Steuerauschaß-Sitzung vom 13. Februar 1924 über die außerordentlich verschiedene und zum Teil unverständliche Gewerbesteuerveranlagung, die der Berechnung der 4. Teilzahlung für das Rechnungsjahr 1924 zu Grunde gelegt werden muß, hat der Landeskulturrat eine Eingabe an das Finanzministerium gerichtet, in der die in der Hauptsache hervorgetretenen Mängel eingehend besprochen worden sind. Die Berechnung des Anlage- und Betriebskapitals ist, soweit festgestellt werden konnte, auf Grund einer Multiplikation der für das Rechnungsjahr 1922 festgesetzten Sätze erfolgt, und zwar ist die Anwendung dieses Multiplikators bei den einzelnen Finanzämtern wiederum verschieden, so daß Fälle vorgekommen sind, wo gleichgroße und gleichartige Betriebe in gleicher Bodenklasse so verschieden veranlagt sind, daß der eine das Vielfache der Steuer des anderen zu zahlen hat. Weiterhin sind die durch den Multiplikator errechneten Richtsätze für das Anlage- und Betriebskapital sowohl bei den nachbuchführenden wie auch bei den buchführenden Landwirten, deren Wirtschaftsjahr vor dem 1. Juli endet, angewendet worden, so daß unter Außerachtlassung der Ertragsanlage und unter Anwendung der verschiedenen Steuerhöhen der buchführende Landwirt viermal so viel Steuern zu zahlen hätte, als der nicht buchführende. Das ist ein vollständig unbilliger Zustand, denn am 30. Juni war die Gebäuwertung bei weitem nicht in dem Maße vorgeschritten wie am 31. Dezember 1922 und durch Verdreifachung des Steuerhöhen wird bereits zum Ausdruck gebracht, daß der Richtsatz dem Stichtage vom 30. Juni höchstens nur den vierten Teil von dem vom 31. Dezember betragen darf.

Schließlich lag noch ein besonderer Fall vor, wo eine Gemeindebehörde ungehörig das Mehrfache der im Durchschnitt von den Landesfinanzämtern verwendeten Sätze für das Anlage- und Betriebskapital angewendet hat und auf Befragen sich dahingehend äußerte, daß Richtlinien vom Landesfinanzamte nicht bekannt wären.

Die für einander sind.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

Und er, der Neunzehnjährige, der Primaner, wurde von ihm in jeder Weise unterdrückt, durfte keine eigene Meinung haben, mußte sich fügen wie ein unwilliges Kind — kein Wunder da, daß er das Schulende herbei, seufzte, das ihn von dem unerträglichen Zwang befreien würde!

Als Julia in das Schlafstübchen ging, das sie mit den Schwestern teilen mußte, waren die drei schon mit der Nachttoilette beschäftigt. Vorwurfswoll blickte man sie an, als sie über die Schwelle trat.

„Papa ist nervös durch dein Benehmen geworden und hat nun eine schlaflose Nacht vor sich — wie konntest du ihn so aufregen! Wir haben ihm Zuckerwasser geben müssen —“ sagte Porzia, die ihr spärlisches, blondes Haar auf Bodenwidel wickelte.

—immer nur er! Denk lieber an die Mutter, ehe ihr ihn bedauerst! entgegnete Julia kurz, „sie muß den ganzen Tag arbeiten, und er, der gesunde Mann tut gar nichts als für's Bodenblätchen ganz verriegelte Aufsätze und Gedichte zu schreiben und an einer Tragödie zu arbeiten, die seit Jahr und Tag nicht von der Stelle kommt! Das hübsche Pension reich für uns alle doch nicht zum Leben — das kleine Kapital von Mutter wird immer weniger — sie sorgt sich so — und wir große Mädchen liegen den Eltern immer noch auf der Tasche —“

„Warte, ich nicht!“ beschwerte Lutrezia nachdrücklich, „ich zahle sogar noch einen Beitrag zum Haushalt von meinem Gehalt als Lehrerin! Du aber, Julia, mit deinem gesunden Appetit!“

— und dafür bin ich ja euer Dienstmädchen! Wenn ich nicht wäre, müßte Mutter unbedingt eine Aufwartung oder ein Mädchen haben; für sie allein ist unser Haushalt mit den vielen Personen und Ansprüchen doch zu onstrengend! Darum auch nur — mit Rücksicht auf Mutter, bin ich noch zu Hause! Oder glaubst du, ich hätte keine Lust, mir etwas Geld zu verdienen?“

Schmühtig und überlegen zuckte die Porzia die Achseln.

Diese Verhältnisse gaben Veranlassung, darauf zu dringen, daß das Finanzministerium eine sofortige Nachprüfung der erfolglichen Gewerbesteuerveranlagung vornimmt und durch entsprechende Richtlinien eine gerechte und einheitliche Veranlagung gewährleistet.

„Für das Bürgertum“

Zur gegenwärtigen Kapitalnot.

Dresden, 26. Februar. Die Betriebsmittelnappheit hat in der Industrie Formen angenommen, die in dieser Schärfe auch in den letzten schweren Jahren kaum zu beobachten waren und auf eine länger Dauer hinaus nicht ertragen werden können. Größte Betriebe erhalten auf dringende Vorstellungen hin Rentenmarktkredite, die für eine Beschäftigung von oft nicht länger als wenigen Minuten Arbeitszeit ausreichen. Die Kredite stellen sich ferner außerordentlich teuer, insbesondere im Verhältnis zum Auslande, das seine Geschäfte mit Krediten zu 3—4 Proz. Jahreszinsen finanzieren kann. Unsere Industrie hat weiterhin nicht nur mit besonders hohen Produktionskosten zu rechnen, sie hat auch die schwere Konkurrenz mit den Dumping treibenden westlichen Staaten, die infolge besserer Kapitalkraft lange Zahlungsziele geben können, zu bestehen. Infolge mangelnder Kaufkraft im Inlande kann die Industrie es auch nicht wagen, bei Inlandsgeheimnissen auf sofortiger Zahlung zu bestehen. Der Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hat sich daher zwecks Behebung dieser außerordentlichen Notlage an die Reichsregierung gewandt, um eine Erleichterung oder Verbilligung der Kredite herbeizuführen. Er hat wesentliche steuerliche Erleichterungen für die Fälle gefordert, in denen von der Industrie ausländische Kredite in Anspruch genommen wurden. Um eine größere Flüssigkeit des Kapitalmarktes zu erreichen, hat er ferner eine Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer beantragt. Damit wird eine Verbilligung des Imports und Exports in gewissen Grenzen zu erreichen sein, da sich die Finanzämter auf den Standpunkt stellen, daß grundsätzlich sämtliche Geschäfte, bei denen Waren gegen ausländische Zahlungsmittel umgelehrt werden, auch Börsenumsatzsteuerpflichtig sind. Es ist zu hoffen, daß auf Grund der dringlichen Vorstellungen auch die Reichsbank zu einer Herabsetzung der Zinsätze schreitet und dem Beispiel der Reichsbank danach auch die privaten Banken folgen werden. Insbesondere ist versucht worden, die Reichsregierung für eine Erleichterung von Wechselkrediten und eine Wiederbelebung des Scheckverkehrs in normale Grenzen zu interessieren. Als notwendig erachtet es der genannte Verband schließlich, die gegenwärtige Kapitalnot zu lindern, daß von der Regierung alles getan wird, damit die Exportbanken in der weiten Verzweigung wieder in Funktion treten können, die vor dem Kriege für unseren Außenhandel charakteristisch war, und Handel und Industrie die Konkurrenz mit dem Auslande wesentlich erleichtert. Es ist zu hoffen, daß die Reichsregierung den ihr von berufenen Seiten gemachten Vorschlägen befehleunigt und in weitestem Maße Rechnung trägt.

Handelskrieg und kein Ende.

Dresden, 26. Februar. Wir sind gewöhnt, daß sich in den Reden des französischen Ministerpräsidenten die Behauptung immer wiederholt, daß Frankreich ausschließlich den Frieden zwischen den Völkern anstrebt. Das es auf politischem Gebiet das Gegenteil tut, sieht die breite Öffentlichkeit tagtäglich. Auch auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet tut die französische Regierung alles, um dem niedergedrückten Mitteleuropa die Wiedergebunden zu erschweren. Es ist bekannt, daß Frankreich in Serbien und seinen Kolonien Hochschutzzölle besitzt und dort, wo sie bis jetzt noch nicht eingeführt worden sind, für solche eintritt, auch bei Verhandlungen mit anderen Staaten, diesen Zöllen in erster Linie eine Richtung gegen Deutschland zu geben sucht. Das Gleiche ist auch bei den von ihm abhängigen Staaten zu beobachten. So hat der neugebildete Sprache Groß-Libanen-Staat mitgeteilt, daß eine Zollserhöhung eintritt, die den Zollfuß von 11 auf 15% heraufsetzt. Dieser Zollfuß gilt für alle Waren aus Ländern, die dem Völkerbunde angehören. Dagegen müssen alle anderen Waren 40% Einfuhrzoll mit Ausnahme der Waren der Vereinigten Staaten und Ägyptens bezahlen. Auch dieser Zoll richtet sich in erster Linie gegen Deutschland und die Türkei.

Bei dem Verband Sächsischer Industrieller gehen von den dort vertretenen Firmen lebhafteste Klagen über diese neue uner-

hörte Belastung ein. So verschließt ein Kriegszoll für Deutschland erneut zukunftreiche Exportgebiete und zwar gerade in dem Augenblick, in dem die französische Industrie, gestützt durch den Frankensurz, den deutschen Absatz auch in anderen Ländern in jeder Weise zu schädigen sucht, in einem Augenblick, in dem Deutschland, noch immer zollpolitisch ohnmächtig, sich dem Einströmen französischer Waren wehrlos gegenüberstellt.

Die Erschwerung der Ausfuhr durch die deutschen Portofälle.

Dresden, 26. Februar. Wiederholt ist auf die hohe Belastung mit Portoausgaben, die unsere exportierende Industrie zu tragen hat, hingewiesen worden. Das Reichspostministerium hat auf die Vorstellungen erwidert, daß die ihm notwendig erscheinenden Berechnungsformen für den dem Portofall zugrunde liegenden Goldfranken die Höhe des Portos notwendig machten. Gewisse Konzessionen sind gemacht worden, sie sind aber durch andere Portoverhältnisse wieder illusorisch geworden. Die gegenwärtigen Portofälle sind geradezu eine Prämie für eine Verdrängung ausländischer Erzeugnisse und ausländischer Propaganda nach Deutschland. Der Verband Sächsischer Industrieller hat sich energisch für eine Aenderung dieser bedenklichen Berechnungsweise eingesetzt. Die Reichspost begründet ihre Portoberechnung damit, daß sie den Goldfranken mit 90 Goldpfennigen einsetzt und berücksichtigt nicht, daß der Frank in der Schweiz nur 75 Goldpfennige wert ist. Der Schweizer bezahlt seine Postgebühren nicht nach Gold-, sondern nach Schweizer Franken, also mit 75 Goldpfennig, während der Deutsche dieselbe Post mit 90 Goldpfennigen bezahlen muß. Der Franzose zahlt seine Portofälle mit französischen Franken, d. h. mit 19 Goldpfennigen pro Frank, während der Deutsche gegenüber diesen 19 Goldpfennigen 90 Goldpfennige zu bezahlen hat. Durch solche Berechnungen erschwert das Reichspostministerium der Industrie, über deren hohe Gestehungskosten die Öffentlichkeit ja hinreichend unterrichtet ist, die Auslandskonkurrenz. Es ist zu hoffen, daß hierin schnelligst eine Aenderung eintritt.

„Aus der Beamtenwelt“

Um rege Mitarbeit der Interessierten Kreise wird gebeten

Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter

Am 14. und 15. Februar 1924 tagte in Berlin die Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter und hat mit der überwältigenden Mehrheit von 90 Stimmen gegen 7 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen den Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden Menne gebilligt und den geschäftsführenden Vorstand unter stürmischem Beifall der Delegierten und Gäste ein Vertrauensvotum erteilt. Damit ist — gewiß sehr zur Ueberraschung der durch die tendenziösen Meldungen von interessierter Seite in der letzten Zeit irreführende Öffentlichkeit — bewiesen, daß die Eisenbahnbeamten nach wie vor gewillt ist, unter ihrer bewährten gewerkschaftlichen Führung fest und unerschütterlich zusammenzukommen. Die Gerüchte über einen angeblichen bevorstehenden Zerfall der Reichsgewerkschaft erweisen sich nunmehr mit aller Deutlichkeit als Märchen und zwar umso mehr, als auch die Hauptbeamten, deren Vorstand am 19. Januar einen Austrittsbeschluss gefaßt hat, diesen Beschluss zum größten Teile nicht folgt, sondern sich unter neuer Führung der Reichsgewerkschaft angeschlossen hat. Ebenso wurde — ebenfalls im Gegensatz zu gewissen, von einer Berliner Korrespondenz verbreiteten Meldungen — die Massenführung als vollkommen einwandfrei und musterhaft vom Rechnungsprüfungsausschuß festgestellt und einstimmig genehmigt. Zu dem der Hauptversammlung vorliegenden schriftlichen Verlangen des Herrn Reichsverkehrsministers Oeler auf Streichung des Paragraph 2 der Satzung, wonach die Reichsgewerkschaft die Wahrung der gemeinsamen Standes- und Berufsinteressen ihrer Mitglieder unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel bezweckt, wurde sehr bemerkenswerterweise einstimmig beschlossen, diese Angelegenheit als eine die Gesamtheit betreffende Frage durch die Epigenorganisation, den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, in Behandlung nehmen zu lassen und eine eigene Beschlußfassung über diesen bedeutungsvollen Punkt bis zur Beendigung der von den Epigenorganisationen zu ergreifenden Verhandlungen- und sonstigen Maßnahmen zu vertagen.

Julchen hatte zum Schutze ihres Haares ein Tuch um den Kopf gebunden. Ueber dem einfachen, blauen und weiß gestreiften Arbeitskleid trug sie eine große Schürze. Sie hatte bereits die Fenster geputzt, den Fußboden eingewischt und wollte nun den großen Teppich klopfen. Sie nahm ihn auf die Schulter, trug ihn auf den Hof, legte ihn über die Teppichstange und begann mit kräftigen Armen darauf zu schlagen.

„Julia, doch nicht so laut! Papa wird gestört!“ rief ihr Lutrezia zu, die zur Zeichen- und Malkunde nach der Schule gehen wollte. Sie stand in der Hoftür. Sie machte einen sehr auffallenden Eindruck in dem lila Sammelmantel in Reifenschnitt, mit bunten Vorken verziert.

Bewundert sah ein Offizier sie an, der soeben den Hof betreten und ihre Worte gehört hatte. Er hatte anscheinend eine Frage an sie richten wollen; doch war ihm bei ihrer schneidenden Stimme das Wort im Munde stecken geblieben. Als sie sich entfernte, trat er näher an das junge Mädchen heran, das eifrig den Teppich weiter bearbeitete.

„Donnerwetter, wach! ein hübsches Ding!“ dachte er lächelnd, und laut sagte er: „Erlauben Sie mal, schönes Kind, wissen Sie nicht, ob Frau Sanitätsrat Schlosseemann zu sprechen ist?“

„Ich bin kein schönes Kind!“ widersprach Julia kurz. „Nicht?“ Er stand da, lässig die Arme in den Seiten haltend und sah sie lächelnd an, „dann verkennen Sie Ihre Vorzüge! Sagen Sie mir mal in den Spiegel, schönes Julia —“ nahm er übermütig die Anrede der lila gekleideten Dame nach. Er versuchte, sie in die Wange zu kneten; sie schlug ihm auf die Hand.

„Was fällt Ihnen ein?“ entrüstete sie sich. „So kräftig, kleine? Wollen Sie mir, bitte, denn meine Frage nicht beantworten?“

Frau Sanitätsrat Schlosseemann ist vorhin nach dem Markt gegangen.

„Ach, Sie sind wohl bei ihr? Können Sie mir dann vielleicht sagen, wann sie zurückkommt?“

Einen Augenblick horchte Julchen ihn verständnislos an, und dann begriff sie: er hielt sie für ein Dienstmädchen! Beleidigt dadurch fragte sie sich: „Stiehst du denn so aus?“ Dann aber sagte ihre gute Laune. Möchte er immerhin bei diesem Glauben bleiben!

(Fortsetzung folgt.)